



**TARIFAUSEINANDERSETZUNG**

# Maßlos und illoyal?

**D**ie Übernahme des Tarifergebnisses 2013 entwickelt sich immer mehr zu einer grundsätzlichen Auseinandersetzung darüber, inwiefern Beamtinnen und Beamte an der Haushaltssanierung des Landes Bremen beteiligt werden sollen.

Entzündet hat sich die verschärfte Auseinandersetzung an der Demonstration vom 16. Mai auf dem Marktplatz. Rund 2500 Kolleginnen und Kollegen aus allen Bereichen des öffentlichen Dienstes versammelten sich vormittags, um die Abgeordneten zur 1. Lesung des Besoldungsgesetzes zu empfangen. Die Demonstranten bildeten eine Gasse, die zu den Stufen des Parlamentsgebäudes führte. Hier lagen Bilder von vielen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, die mit einem Fußabdruck verziert waren.

Das Motto war nahe liegend:

**Ihr tretet uns mit Füßen!**

Ein Kommentator des Weser Kurier schrieb später, das sei eine hoch emotionale Aktion gewesen. So war sie auch angelegt. Es fiel den Abgeordneten der Regierungskoalition sichtlich schwer, an den Bildern vorbeizugehen.

## Unmut im Parlament

Im Parlament entlud sich dann der Unmut. Während ein Abgeordneter davon sprach, dass es den Menschen in Afrika schlechter ginge als den Beschäftigten im bremischen öffentlichen Dienst, sprach die Finanzsenatorin Karoline Linert unter anderem davon, dass es sich bei den Demonstrationsteilnehmern um einen „Kindergarten“ handeln würde. Sie forderte von den Kolleginnen und Kollegen loyal zu sein und nicht maßlos. Wieder andere sprachen davon, man müsse ja nicht in Bremen arbeiten, wenn es einem hier nicht gefiele.

Bürgermeister Jens Böhrnsen distanzierte sich in seiner darauf folgenden Rede nicht von den Äußerungen seiner

Finanzsenatorin, sondern lobte sie als gute Politikerin für Bremen.

## 50-Jahr-Feier GdP vom Rathaus in „Die Glocke“ verlegt

Die Äußerungen der Finanzsenatorin wirkten wie eine Initialzündung. Der Zorn der Kolleginnen und Kollegen war enorm. Er hatte sich durch die Hartleibigkeit mancher Politiker aufgestaut, die nicht begreifen wollten, dass es hier um mehr ging, als nur um die Übernahme eines Tarifergebnisses. Hier ging es um Werte wie Wertschätzung und Respekt den Beschäftigten gegenüber, die verlorengegangen schienen.

Der Vorstand der Gewerkschaft der Polizei entschloss sich daher im Sinne der Mitglieder, die Feierlichkeiten zum 50. Jahrestag des Landesbezirks vom Rathaus in „Die Glocke“ zu verlegen. Innerhalb von 48 Stunden gelang dieser Kraftakt.

Die Veranstaltung fand unter großer Beteiligung der Medien statt. Vor dem offiziellen Beginn des Festaktes erklärte der Landesvorsitzende Horst Göbel:

„Sehr geehrter Herr Bürgerschaftspräsident Weber, sehr geehrte Gäste, liebe Kolleginnen und Kollegen,



**„...werden wir uns dafür einsetzen, dass Bremens Beamtinnen und Beamten am Tarifergebnis für den öffentlichen Dienst teilhaben.“**

**GERECHT GEHT ANDERS**



**“Wir werden uns gegen eine Auseinanderentwicklung des Einkommens von Tarifbeschäftigten und Beamtinnen und Beamten engagieren.“**

**GERECHT GEHT ANDERS**

*bevor ich diesen Festakt eröffne, haben Sie/habt ihr ein Anrecht darauf zu erfahren, weshalb der Vorstand der Gewerkschaft der Polizei sich dazu entschloss, nicht im Rathaus auf einem Empfang des Senats das 50-jährige Jubiläum unseres Landesbezirks zu begehen.*

*Ich darf Ihnen und euch sagen, dass es in meiner neunjährigen Amtszeit eine der schwersten gemeinsamen Entscheidungen unseres Vorstands war. Wir trafen diese Entscheidung einstimmig in dem Bewusstsein, dass es im politischen Umgang ungeschriebene Regeln gibt. Tabuzonen – mit dem Absagen des Senatsempfangs haben wir eine solche Tabuzone betreten.*

*Wir haben uns diese Entscheidung nicht leicht gemacht und genau abgewogen. Denn es gibt in den Auseinandersetzungen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern ebenfalls ungeschriebene Gesetze, die man nicht leichtfertig bricht.*

*Dazu gehört nach unserer Auffassung, dass Arbeitnehmer in der Ausübung ihrer demokratischen Rechte nicht herabgesetzt und verächtlich gemacht werden dürfen. Die Auseinandersetzungen haben sich zwischen den Protagonisten von Arbeitgebern und Gewerkschaften abzuspielen.*

Fortsetzung auf Seite 2



TARIFAUSEINANDERSETZUNG

Fortsetzung von Seite 1

Die Gewerkschaften sind in der Rolle der Gegner. Wird diese Rolle auf die von ihnen vertretenen Arbeitnehmer ausgeweitet, gerät unser sorgfältig austariertes System in Gefahr.

In der Abwägung dieser beschriebenen Pole haben wir uns dazu entschlossen, einen Appell auszusenden. Den Appell, die einen Weg, der mit Verhandlungen die keine waren begann und mit nicht akzeptablen Äußerungen im Parlament seinen vorläufigen Höhepunkt fand, nicht fortzusetzen, sondern umzukehren.

Arbeitgeber und Gewerkschaften haben die Rolle angenommen, sich zu streiten und damit Lösungen zu erarbeiten. Das wird von beiden Seiten erwartet. Dahin müssen wir zurückkommen, alles an-

„Unter guter Arbeit verstehen wir: Sichere Arbeitsplätze, faire Bezahlung, gleicher Lohn für gleiche Arbeit.“

SPD  
Gerechtheit der Polizei - Bgm.-Smidt-Straße 78 - 28195 Bremen

GERECHT GEHT ANDERS

TERMIN

Redaktionsschluss für die August-Ausgabe 2013, Landesjournal Bremen, ist der 8. Juli 2013.

Artikel bitte mailen an: Ahlersbande@t-online.de

dere ist ein Irrweg. Zu glauben, alle Regeln im Umgang mit den Arbeitnehmern und ihren Interessenvertretungen folgenlos brechen zu dürfen, ist ein gefährliches Spiel und kann nur zu einer weiteren Eskalation der Auseinandersetzung führen. Der Landesvorstand der GdP sagt das mit fester Überzeugung in der Hoffnung, dass unsere Absage an den Senat als diese Botschaft verstanden worden ist.

Eine Botschaft, hinter der alle Mitglieder dieser Gewerkschaft der Polizei stehen.“

Die Verlegung der Jubiläumsfeier fand nicht nur in den Medien ein großes Echo. Viele Kolleginnen und Kollegen bestätigten unsere Entscheidung in Mails und Telefonanrufen. Die Verantwortlichen der GdP-Landesbezirke der norddeutschen Länder erklärten sich mit uns in einer gemeinsamen Erklärung solidarisch.

Wie sehr die Nerven bei den verantwortlichen Politikern blank lagen, konnte man ein paar Tage später nach einem Interview des Landesvorsitzenden für die Bild-Zeitung beobachten.

Bild Bremen bezog sich auf die Äußerung von Horst Göbel, wonach das Brechen von Regeln im Umgang mit den Beschäftigten und deren Interessenvertretungen zu einer Eskalation der Auseinandersetzungen führen würden. Bild wollte wissen, wie denn eine solche Eskalation aussehen könne.

Der Landesvorsitzende beschrieb einige Maßnahmen, so unter anderem (Zitat): „Es kann beispielsweise sein, dass wir in Zukunft bei allen öffentlichen Terminen aller Senatoren präsent sein werden – aber nicht zu deren Schutz.“

Die Bild-Zeitung machte dann die Überschrift (Zitat): „Wir werden überall sein – aber nicht zu eurem Schutz“ daraus.

Bürgermeister schickt seine Personenschützer nach Hause

Jeder wusste, was damit gemeint war, wenn er anschließend den Text las. Bürgermeister Jens Böhrnsen anscheinend nicht. Er ließ die ihn bewachenden Polizisten fortschicken. Aus ernst zu nehmenden Quellen hieß es, der Bürgermeister fühlte sich durch die Kollegen nicht mehr beschützt.

Man versuchte einen Skandal aufzubauen, der keiner war. Niemand hatte Kolleginnen und Kollegen dazu aufgefordert, Schutzmaßnahmen einzustellen.

Im Übrigen durfte Finanzsenatorin Karoline Linnert als eine der ersten die Begleitung ihres Termins „genießen“. Rund 50 Kolleginnen und Kollegen erschienen bei dem Sommerfest in der Lindenhofstraße, das sie eröffnete. Von ihrer Rednertribüne aus musste sie GdP-Fahnen und Transparente ertragen. An einem lockeren Termin bei schönstem Sommerwetter wurde sie wieder an ihren Umgang mit den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes erinnert.

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Regierung zurückgeben

Sie haben diese Regierung gewählt. Wollen Sie das rückgängig machen?

OK Abbrechen

SPD

GERECHT GEHT ANDERS

Diese Auseinandersetzung um die Übernahme des Tarifergebnisses wird, egal wie es jetzt ausgegangen ist, Spuren hinterlassen (Anm. d. Red.: Abstimmungsergebnis der Bürgerschaft lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor).

Dennoch bietet sie auch Chancen. Einige haben erkannt, dass sie, wenn es darauf ankommt, Arbeitnehmer sind und damit abhängig. Auch für sie war das Maß endgültig voll und fanden plötzlich Unterstützung durch Kolleginnen und Kollegen, die in diesem Umfang gar nicht betroffen waren.

Diese Auseinandersetzung hat auch eines klargestellt, nämlich wo die Fronten verlaufen. Sie sind jetzt schärfer erkennbar und das ist gut so.

Der Landesvorstand

DEUTSCHE POLIZEI  
Ausgabe: Landesbezirk Bremen

Geschäftsstelle:  
Bgm.-Smidt-Straße 78  
28195 Bremen  
Telefon (04 21) 9 49 58 50  
Telefax (04 21) 9 49 58 59  
Behörde: 1 09 48  
Internet: www.gdp-bremen.de  
E-Mail: info@gdp-hb.de

Redaktion:  
Wolfgang Ahlers (V.i.S.d.P.)  
c/o Gewerkschaft der Polizei  
Bgm.-Smidt-Straße 78, 28195 Bremen  
Telefon dienstlich (04 21) 3 62-1 90 56

Verlag und Anzeigenverwaltung:  
VERLAG DEUTSCHE  
POLIZEILITERATUR GMBH  
Anzeigenverwaltung  
Ein Unternehmen der  
Gewerkschaft der Polizei  
Forststraße 3a, 40721 Hilden  
Telefon (02 11) 71 04-1 83  
Telefax (02 11) 71 04-1 74  
Verantwortlich für den Anzeigenteil:  
Antje Kleuker  
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 35 vom 1. Januar 2013  
Adressverwaltung:  
Zuständig sind die jeweiligen  
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Herstellung:  
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG  
DruckMedien  
Marktweg 42-50, 47608 Geldern  
Postfach 14 52, 47594 Geldern  
Telefon (0 28 31) 3 96-0  
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-642X



## NORDDEUTSCHER BUND

# Einer für alle, alle für einen

GdP-Nordländer praktizieren Schulterchluss in Bremen

**N**icht dass Horst Göbel, Landesbezirksvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei Bremen, sich beim Treffen des Norddeutschen Bundes der GdP am 23. Mai in der Hansestadt mit langen Begrüßungsworten aufhalten hätte. Nach einer kurzen Willkommensformel und einer Vorstellungsrunde seitens der angereisten Kollegen aus Hamburg, Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin, kam er gleich zur Sache.

Denn ein Thema brannte dem Bremer GdP-Chef unter den Nägeln und duldete aus aktuellem Anlass keinen Aufschub. Am Freitag, dem 24. Mai 2013, wollte die GdP Bremen eigentlich groß feiern: 50-jähriges Bestehen! Das Jubiläum sollte mit einem Festakt im Bremer Rathaus begangen werden, mit allem Drum und Dran und geladener Polit-Prominenz. Ein Jahr lang war das Ereignis geplant und vorbereitet worden, doch eine Woche vor dem Ehrentag von Feierlaune und Feststimmung keine Spur mehr. Dem Bremer Senat war es gelungen, beides zu zerschlagen. Was war da los?

Wie in den anderen Bundesländern hatte sich die GdP in Bremen dafür eingesetzt, dass das Tarifergebnis für Angestellte eins zu eins auch auf die Beamtinnen und Beamten übertragen wird – mit ähnlich negativem Ergebnis wie z. B. in Berlin. Nachdem sich diesbezügliche „Verhandlungen“ mit dem Senat laut Horst Göbel zuletzt zur „Anhörung bei Hofe“ entwickelt hatten, griffen die Bremer zu einem anderen, sehr probaten Mittel, ihrem Anliegen Gehör zu verschaffen: Die Gewerkschaft der Polizei organisierte eine Demonstration von Polizistinnen und Polizisten vor der Bremer Bürgerschaft. Um die Aufmerksamkeit der Abgeordneten zu bekommen, wurden Bilder von Kolleginnen und Kollegen auf dem Boden ausgelegt und eine Gasse gebildet, sodass die Politiker auf dem Weg ins Parlament über die Plakate laufen mussten. Das Motto der Aktion lautete entsprechend: „Ihr tretet uns mit Füßen“. Doch niemand rechnete damit, dass das im übertragenen Sinne wenig später tatsächlich in der Bürgerschaft ge-

schehen sollte. Dort verhöhnte die grüne Finanzsenatorin Karoline Linnert die Protestaktion der Polizistinnen und Polizisten und tat sie als „Kindergarten“ ab. Als der erste Schock verklungen war, beschloss die GdP Bremen, die Jubiläumsveranstaltung abzublasen – aber nicht ganz, sondern nur im Rathaus. Stattdessen wurde das Fest ins Konzerthaus „Die Glocke“ nebenan verlegt. Und die Landesregierung wurde offiziell eingeladen. Punkt.

Horst Göbel ist mit seiner Geschichte am Ende und erntet Kopfschütteln und Fassungslosigkeit seitens der Kollegen aus den anderen norddeutschen Landesbezirken. Respektvoller Umgang miteinander sieht anders aus, sind sich schnell alle einig und willens, dies dem Bremer Senat auch deutlich zu sagen.

## Offener Brief an Bremer Landesregierung

Ein offener Brief an die Regierung wird aufgesetzt. Darin erklären sich die Landesvorsitzenden mit den Gewerkschaftern der Hansestadt und ihrer Reaktion auf das Verhalten des Senats solidarisch. Auszug:

„Mit Befremden mussten wir die aktuellen Entwicklungen des Umgangs in der politischen Landschaft der Freien Hansestadt Bremen zur Kenntnis nehmen. Insbesondere die diskreditierenden Äußerungen der Finanzsenatorin Karoline Linnert anlässlich der Sitzung der Bremer Bürgerschaft am 16. Mai 2013 gegenüber gewerk-

schaftlichen Aktivitäten zur Durchsetzung von Interessen der Beamtinnen und Beamten bewegen sich unseres Erachtens außerhalb eines respektvollen Umgangs einerseits im Verhältnis zwischen den politischen Gesprächspartnern und insbesondere aus der Perspektive des Dienstherrn gegenüber seinen Beschäftigten. Vor diesem Hintergrund teilen wir die Entscheidung der GdP Landesbezirk Bremen, den gemeinsam mit dem Senat geplanten Festakt eigenständig außerhalb des Rathauses zu begehen. Wir möchten ausdrücklich betonen, dass aus Sicht der norddeutschen Landesbezirke ein solcher Umgang des Senats und eine Beeinträchtigung des politischen Klimas in keinem Land zu tolerieren ist. (...)“.

Anlass des Treffens des Norddeutschen Bundes der Gewerkschaft der Polizei war jedoch – neben den Feierlichkeiten zum 50. Gründungstag der Bremer GdP – auch und vor allem Erfahrungen auszutauschen sowie die Zusammenarbeit über die „Ländergrenzen“ hinweg auszubauen und zu festigen.

Ein Punkt auf der Tagung war beispielsweise die Kennzeichnungspflicht. Dabei stellte sich heraus, dass diese von den jeweiligen Ländern völlig unterschiedlich gehandhabt wird – von keiner Kennzeichnungspflicht in Hamburg über eine freiwillige in Mecklenburg-Vorpommern bis hin zum „Muss“ in Berlin und einer Klage dagegen in Brandenburg. Die Landesvorsitzenden stellten fest, dass verschiedene Themen wie eben

Fortsetzung auf Seite 4



Solidarisierten sich mit den Kolleginnen und Kollegen in Bremen, die Landesvorstände der norddeutschen Länder.





NORDDEUTSCHER BUND

Fortsetzung von Seite 3

Kennzeichnungspflicht, Ombudsmann oder Pfefferspray von bestimmten Gruppen forciert würden, um die Polizei auf Dauer zu schwächen. Dass das nicht toleriert werden darf, lag für alle auf der Hand.

Zuletzt wurde überlegt, dort, wo es machbar ist, eventuell künftig gemeinsa-

me Seminare anzubieten. Das, so war sich der Norddeutsche Bund der GdP einig, wäre eine gute Gelegenheit, den persönlichen Kontakt auch auf der Mitglie- derebene herzustellen. Und dass ein Austausch letztlich nur positive Aspekte mit sich bringt – das hat die Begegnung in Bremen unter Beweis gestellt.

Die Feier zum 50. Jubiläum der GdP Bremen übrigens, die dann in der „Glo-

cke“ stattfand, wurde trotzdem – oder gerade wegen der fehlenden Landespoli- tiker– ein voller Erfolg! Wir wünschen unseren Kolleginnen und Kollegen in Bremen weiterhin Durchhaltevermögen im Umgang mit dem Senat und alles Gute für ihre künftige Arbeit!

Silvia Brinkhus,  
Pressesprecherin der GdP Berlin

50 JAHRE GdP BREMEN

„Glocke“ statt Rathaus

**Die Mitglieder forderten ein deutliches Zeichen. Und der Vorstand tat gut daran, dieses Zeichen mit der Absage des Senatsempfangs im Bremer Rathaus und der Verlegung der kleinen Jubiläumsfeier in „Die Glocke“ zu setzen. Niemand behandelt treue und pflichtbewusste Beamte, freiwillig Überstunden leistende Polizisten oder mit Aktenbergen überlastete Staatsanwälte und Richter als Bittsteller und beliebiges Einsparpotenzial. Und ein Kindergarten sind wir schon lange nicht!**

Trotzdem muss die Absage des Senatsempfangs auch kritisch und als grenzwertig angesehen werden. Natürlich möchte niemand in dieser politisch angespannten Situation, in diesem kritischen Stadium

der Tarifaueinandersetzung Dankesreden und Lobpreisungen von Senatsmitgliedern und Politikern hören. Sie klingen wenig glaubhaft.

Aber es muss auch keine unnötige Verhärtung der Fronten geben, sondern meiner Meinung nach auch zukünftig ein Miteinander in Sachthemen.

Glückwünsche des Präsidenten der Bürgerschaft

Christian Weber, Bürgerschaftspräsident, findet die richtigen Worte, uns den Glückwunsch der Politik glaubhaft rüberzubringen und gleichzeitig keine Schärfe in Sachen Tarifaueinandersetzung zu erzeugen.

Oliver Malchow, (neuer) Bundesvorsitzender der GdP, wird schon sehr deutlich, als auch er die Schärfe der Tarifaueinandersetzung einerseits rügt, aber auch andererseits die Absage des Senatsempfangs als einen Akt des Protestes am Limit einstuft.



Bürgerschaftspräsident Christian Weber bei seiner Festrede zum 50-jährigen Jubiläum des Landesbezirks Bremen.



Die musikalischen Darbietungen brachten Schwung in die Veranstaltung.

So blieben die intensiven politischen Kontakte bei seinem ersten Besuch als GdP-Bundesvorsitzender in Bremen denn auch aus.

Annette Düring, DGB-Regionsvorsitzende Weser-Ems, komplettierte die Rednerliste und überraschte zusätzlich zu den Glückwünschen des DGB und ihrer Gewerkschaften mit einer großen Torte, die sie dem GdP-Landesvorsitzenden Horst Göbel überreichte.

Höhepunkt der Feier war die Jubilarehrung der älteren Kollegen, die 50 Jahre Mitglied in der GdP Bremen sind und zum Teil sogar noch Vorzeiten in anderen Gewerkschaften haben (siehe gesonderten Artikel).

Beherrschendes Gesprächsthema beim anschließenden kleinen Imbiss war natürlich die Verlegung der Veranstaltung infolge des Tarifstreits. Alles in allem, trotz „Glocke“ statt Rathaus, ein feierliches Jubiläum.

Wolfgang Ahlers



**JUBILAREHRUNG**

**60 Jahre in der Gewerkschaft, davon 50 in der GdP**

**D**ie GdP hat am 24. Mai 2013 im Rahmen des 50-jährigen GdP-Jubiläums alle Jubilare geehrt, die 50 Jahre in der GdP sind. Die Ehrungen wurden vom Landesvorsitzenden der GdP, Horst Göbel, dem Bundesvorsitzenden der GdP, Oliver Malchow und dem GLV-Mitglied Dierk Stahl vorgenommen.

**Auf 60 Jahre Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft inkl. 50 Jahre GdP-Mitgliedschaft können zurückblicken:**

Edgar Krain, Karl Schwan, Willibald Spinner und Kurt Töbelmann.

**Für die 50-jährige Mitgliedschaft in der GdP wurden geehrt:**

Günter Bock, Manfred Huse, Norbert Klatt, Hermann Schreiber, Therese Standke, Burckhard Thorenz und Gerold Wieting.

Es wurden hier nur die anwesenden Jubilare aufgeführt, die Ehrung der verhinderten Kollegen findet am 6. Dezember 2013 im Rahmen der Weihnachtsfeier der Fachgruppe Senioren statt, wo

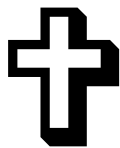


auch alle anderen Jubilare der Fachgruppe Senioren geehrt werden. **Wir gratulieren allen Jubilaren und wün-**

**schen ihnen für ihre Zukunft vor allem Gesundheit und Zufriedenheit!**

*Anne Wohlers*

**NACHRUF**



Leider müssen wir Abschied nehmen von unserem langjährigen

**Ehrenvorsitzenden Werner Oelkers**



Werner Oelkers verstarb im Alter von 89 Jahren.

Mit seinem Eintritt in die Gewerkschaft der Polizei im März 1963 hat er sich um den Aufbau und die Fortentwicklung unserer Gewerkschaft mit außerordentlichem Engagement verdient gemacht.

Von 1976 bis 1986 hat er als Landesvorsitzender der GdP Bremen in unnachahmlicher Art und Weise durch seine Präsenz die gewerkschaftlichen Interessen vorangebracht.

Werner Oelkers hatte immer ein offenes Ohr für Neues.

Die Kolleginnen und Kollegen schätzten seine offene – aber auch seine streitbare Art. Dabei hatte er immer seine GdP im Blick.

*Wir werden unseren Ehrenvorsitzenden vermissen und als couragierten Gewerkschafter in bleibender Erinnerung bewahren.*

*Horst Göbel,  
Landesvorsitzender GdP Bremen*



# (Un-)Sicherheit im Zellentrakt ...

**I**m Mai 2013 läuft in Bremen eine Neuauflage des Prozesses um den Todesfall des Laye Condé, landläufig als „Brechmittelprozess“ bekannt. Hierbei wird auch die Frage der Sicherheit von Personen im polizeilichen Gewahrsam diskutiert.

Während der **Polizeipräsident Lutz Müller** in seinem Schreiben zum Verfahren um Herrn Condé berechtigterweise folgenden Leitsatz formulierte:

**„Unter staatlicher Obhut darf auch bei rechtlich legitimierter Gewaltanwendung kein Mensch ums Leben bzw. nachhaltig zu Schaden kommen“,**

erlebt die Basis zwangsweise eine andere Realität. Zwar ist das Bemühen der einschreitenden Kollegen, die Sicherheit für diese Personengruppe so hoch wie möglich zu halten, klar er-

kennbar, die Rahmenbedingungen, unter denen gearbeitet werden muss, sind jedoch stark verbesserungswürdig. Unstrittig ist, dass es Personen gibt, die selbstgefährdende Tendenzen haben. Entweder wollen sie sich selbst verletzen oder gar Suizid begehen. Und leider ist dieses nicht bei allen sofort erkennbar. Dennoch sind die zuständigen Kollegen dafür verantwortlich, dass auch diese Menschen nicht zu Schaden kommen, während sie unter staatlicher Obhut stehen. Aber dieses in Praxis zu realisieren stellt alle Beteiligten immer häufiger vor kaum lösbare Probleme.

Festzustellen ist, dass es absolute Sicherheit nie geben wird und Unglücksfälle nie völlig ausgeschlossen werden können. Allerdings sollte alles dafür getan werden, die Gefahren zu minimieren. Blickt man jedoch objektiv auf die Rahmenbedingungen, so muss festgestellt werden, dass es noch erhebli-

## KREISGRUPPE BREMERHAVEN

### Das Veranstaltungstrio der GdP!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

2013 ist ein Jahr, das bisher ganz im Zeichen der Tarifübernahme stand und wenn die Auseinandersetzung mit dem Senat etwas Gutes beinhaltet, dann den Umstand, dass wir noch enger zusammengedrückt sind. Wir-Gefühl demonstriert man entweder beim gemeinsamen Protest, aber auch indem man miteinander feiert. Deshalb setzen wir in diesem Jahr wieder auf unser bewährtes Veranstaltungstrio:

Die Party



Fußballturnier



Skat und Kniffel



### Fußballturnier mit Grill- und Familienfest am 29. August 2013 bei der Feuerwehr.

Aufgrund der großen Nachfrage wird es in diesem Jahr wieder stattfinden, unser Grillfest und Fußballturnier. Dieses Mal findet die Veranstaltung in Zusammenarbeit mit der Feuerwehr statt. Das aus gutem Grund, denn wir haben festgestellt, dass es uns gut tut, wenn wir als Sicherheitsbehörden enger zusammenrücken. Die Veranstaltung beginnt wie immer am Nachmittag.

### Die „Party“ am 28. September 2013 im Foyer der Stadthalle Bremerhaven

Knapp einen Monat nach dem Fußballturnier findet wieder unsere Party statt. Für die Gastronomie ist Bernhard Venhofen zuständig und für die Musik sorgen in bewährter Form „Prime Time“ und DJ Lars. WICHTIG: Die Veranstaltung ist öffentlich!

### Das Skat- und Kniffelturnier am 8. November 2013 im Haus am Blink

Einfach Jahr für Jahr gut, mit sensationellen Preisen und Spaßgarantie in fröhlicher Runde.

## ZENTRALE DIENSTE

### Jetzt für Tossens-Seminar anmelden!

**V**om 9. 9. bis 11. 9. 2013 veranstaltet die Fachgruppe Zentrale Dienste ihr diesjähriges Fachgruppenseminar in Tossens. Diesmal geplante Themen sind u. a.:

- Landesdelegiertentag 2014: Antragsberatung und Rückblick
- Personalpolitik und Bewerbungsfragen im Nichtvöllzug
- Psychische Erkrankungen (u. a. Burn-Out)

Programmänderungen vorbehalten!

Die dreitägige Bildungsveranstaltung mit dem Titel „Die Gewerkschaft in der Gesellschaft“ kann mit Sonderurlaub (für Beamte) bzw. Arbeitsbefreiung (für Arbeitnehmer) besucht werden. Musteranträge sind auf Anfrage bei Bernd Hinrichs oder allen Vertrauensleuten erhältlich.

Anmeldungen nehmen die freundlichen Kolleginnen der GdP-Geschäftsstelle gerne unter Tel. 1 09 48 (Behörde) entgegen.

**Vorstand  
FG Zentrale Dienste**





**FACHGRUPPE SCHUTZPOLIZEI**

ches Verbesserungspotenzial gibt. Natürlich will sich nicht jeder „Zellengast“ selbst verletzen oder umbringen. Jedoch ist gerade in der jüngeren Vergangenheit festzustellen, dass die Zahl derer mit entsprechenden Motiven stetig steigt und Todesfälle oftmals nur durch sehr schnelles und umsichtiges Handeln der verantwortlichen Kollegen UND viel Glück verhindert wurden.

Mehrfach konnten insbesondere in den letzten Monaten Suizidanten gerade noch rechtzeitig entdeckt und in Einzelfällen sogar reanimiert werden. Immer wieder ist es gutgegangen, bis es Mitte Mai doch zu einem Todesfall gekommen ist. Eine junge Frau hatte sich in der Großraumzelle mit den Ärmeln ihres Pullovers stranguliert. Die Reanimationsmaßnahmen der Kollegen waren nicht erfolgreich. Und immer wieder wird in vergleichbaren Fällen die Frage gestellt: „Wie konnte es dazu kommen?“

**Strukturelle und bauliche Mängel**

Am einfachsten wäre es, alles auf Nachlässigkeit der handelnden Kollegen bei der Durchsuchung oder bei den Kontrollen zu schieben. Aber die Realität sieht anders aus. Schaut man auf die Einzelfälle, so lassen sich strukturelle und bauliche Mängel ausmachen, die hier eine gewichtige Rolle spielen.

Als Erstes ist die Kräftebemessung zu nennen. Nicht an allen Dienststellen wird schon bei der Kräfteberechnung ein sog. „2. Mann an Wache“ vorgehalten. Alleine das steht schon im Widerspruch zu den Vorgaben der Gewahrsamsordnung, in der gefordert wird, dass Kontrollen durch zwei Beamte zu erfolgen haben. Darüber hinaus schließt die Gewahrsamsordnung eigentlich die Unterbringung kranker Menschen in den Zellen aus, was Schwierigkeiten schafft, da einzelne Wachen nicht einmal über ein Kurzgewahrsam verfügen.

Des Weiteren wird bei entsprechenden Verdachtsfällen ein viertelstündiger Kontrollrhythmus gefordert. In der Praxis, gerade in einsatzintensiven Zeiten, kaum zu realisierende Vorgaben, insbesondere wenn nur ein Mann an Wache vorgehalten wird, der nebenbei Funk, Telefon und den Bürgererstkontakt abarbeiten soll. Und unabhängig davon kann bei einem Suizidversuch eine Viertelstunde schon viel zu spät sein.

**Videoüberwachung und Zentralgewahrsam gefordert**

Um hier die Gefahren weiter zu reduzieren, wäre es – gerade vor dem Hintergrund der ständigen personellen Engpässe – zwingend notwendig, die Zellen mittels Videoüberwachung im Auge zu behalten. Nur so bestehen realistische Chancen, bei einem etwaigen Suizidversuch rechtzeitig reagieren zu können. Forderungen betroffener Kollegen in diese Richtung verhallen jedoch seit Jahren ungehört.

Ein weiteres Problem ist in der baulichen Beschaffenheit der Gewahrsamsräume zu finden. Auch wenn es einzelne Zellen gibt, die mit Fixiermöglichkeiten ausgestattet sind, können diese bei Personen mit selbstgefährdenden Tendenzen nicht genutzt werden. Denn die Praxis zeigt, es ist unmöglich, jemanden so zu fixieren, dass er sich nicht weiter verletzen kann, wenn er es darauf anlegt. Ebenfalls ein unhaltbarer Zustand, auf den – zusammen mit konstruktiven Verbesserungsmöglichkeiten – auch schon seit mehreren Jahren immer wieder

ergebnislos hingewiesen worden ist. Und jetzt ist das, was lange Zeit mit Glück und Geschick verhindert werden konnte, unglücklicherweise doch eingetreten. Ein Todesfall im polizeilichen Gewahrsam. Die Fachgruppe Schutzpolizei fordert die politisch und polizeilich Verantwortlichen auf, sich dieser Thematik anzunehmen und für Verbesserungen zu sorgen. Am sinnvollsten wäre ein ärztlich betreutes Zentralgewahrsam (wie z. B. in Hamburg erfolgreich praktiziert). Eine Forderung, die seit einer gefühlten Ewigkeit diskutiert und aus Kostengründen nie ernsthaft vorangetrieben wurde. Jeder weiß, dass Bremen ein Haushaltsnotlageland ist. Und solche Veränderungen viel kosten. Aber wenn der o. g. Leitsatz ernst gemeint ist, dann darf die finanzielle Belastung kein Argument sein, dieses Thema weiter auf die lange Bank zu schieben. Und für die Übergangszeit müssen Maßnahmen getroffen werden, um die Sicherheit zu erhöhen. Denn es geht um Menschenleben!

*Daniel Dionisio,  
Fachgruppe Schutzpolizei*

**FACHGRUPPE KRIMINALPOLIZEI****„Notfalls stelle ich meinen Stuhl zur Verfügung!“**

**A**nfang Mai war es wieder soweit. Die GdP-Fachgruppe Kriminalpolizei startete zum jährlichen Fachgruppenseminar nach Tossens. Wie jedes Jahr versuchte Seminarleiter Lüder Fasche traditionelle und wiederkehrende Programmpunkte der Drei-Tages-Veranstaltung mit neuen Formen, Themen oder Besuchern zu kombinieren.

Dass aber traditionelle Inhalte keinesfalls weniger Interesse bei den Teilnehmern hervorrufen müssen, wurde in diesem Jahr wieder bewiesen.

Zu verdanken ist dies der Doppelspitze der Kriminalpolizei, **Andreas Weber** und seiner Stellvertreterin **Andrea Wittrock**. Der Besuch der Direktionsleitung ist fester Bestandteil des Fachgruppenseminars. Diesmal wurde er jedoch zum heimlichen Höhepunkt

der Veranstaltung, was natürlich den Besuchern zum einen, dem Rot-Grünen Senat zum anderen und der nicht sonderlich empathischen Finanzsenatorin im Speziellen zu verdanken ist.

Zentrales Thema der Tage in Butjadingen war dann auch eben jener von Frau Linnert losgetretene Besoldungsskandal. Dank des 0%-Affront gegen Führungskräfte der Bremer Polizei widmeten denn auch die Besucher des höheren Dienstes einen beträchtlichen Teil ihrer Ausführungen diesem Skandal. Man hatte auch am Jadebusen das Gefühl, die Polizeiführung und Basis sind enger zusammengerückt.

**Ohne Überstunden 55 Mann mehr erforderlich**

Insbesondere wurde mit den anwesenden Teilnehmern über die Probleme

*Fortsetzung auf Seite 8*



Fortsetzung von Seite 7

me von Erreichbarkeiten, Mehrdienst und Alarmierungen als Protestform bzw. Folge des eintretenden Motivationsverlustes diskutiert. Dabei machte das Besucherduo aus seinem Herzen keine Mördergrube. Der LKA-Chef wusste zu berichten, dass bei Verzicht auf Mehrdienst die Kriminalpolizei 55 Vollzeitäquivalente Mehrbedarf hat. (VZÄ = Kandidat zum Unwort des Jahres)

Ganz offen wurde auch darüber gesprochen, nur noch angeordnete Überstunden gegen sofortige oder finanzielle Vergütung zu leisten oder auch künftig verstärkt auf Präsenzbereitschaften zu setzen.

Natürlich kamen auch andere Themen wie etwa die Karriereentwicklung bei Tarifbeschäftigten oder die Bekämpfung der Rockerkriminalität zur Sprache. Bei Letzterer glaubt die Politik unter anhaltender Beratungsresistenz übrigens einmal mehr besser zu wissen, was gut für die Polizei ist und was nicht.

Im Endeffekt kommt man aber hier wie dort immer wieder auf die Mangelverwaltung zu sprechen. Die gravierende Raumproblematik ist zum Beispiel ebenso Teil des Gesamtproblems. Auch für Kleinigkeiten war noch Zeit, sodass ein Kollege über einen seit Monaten fehlenden Schreibtischstuhl berichten konnte. Die Aussage des LKA-Chefs, „notfalls stelle ich meinen Stuhl zur Verfügung“ ist dann wohl auch nur in diesem Zusammenhang und nicht im Kontext zur Besoldungsanpassung zu verstehen.

### Innenpolitischer Sprecher der SPD mit Wissenslücken um die Alltagsprobleme der Polizei

Die Führungsspitze der Kriminalpolizei waren allerdings nicht die einzigen Gäste, die sich mit der Stimmungslage nach dem Besoldungsskandal auseinandersetzen mussten. **Sükrü Senkal**, innenpolitischer Sprecher der SPD, war sich immerhin nicht zu schade, den Weg nach Tossens auf sich zu nehmen und sich kritischen Fragen der Kriminalpolizisten zu stellen.

Mit „Wie das mit der Besoldungsanpassung gelaufen ist, finde ich scheiße“, fand er auffallend volksnahe Worte zu der aus Sicht der GdP völlig inakzeptablen Nicht-Übernahme des Tarifergebnisses. Allerdings räumte er

ein, am zur Verfügung stehenden Gesamtvolumen nichts ändern zu können. Gleichwohl wollte er nicht völlig ausschließen, dass irgendwo im Haus Linnert an der Schillerstraße noch eine Summe X zur Verfügung stehe.

Der eine oder andere Zuhörer fühlte sich dabei wohl an die schwarze Kasse seines dörflichen Fußballclubs erinnert. Dass die nicht schlecht dotierten Mitglieder der Bremischen Bürgerschaft nur Symbolfiguren eines schwachen Parlamentarismus sind, diesen Eindruck konnte Herr Senkal bei allem Bemühen nicht verwischen.

Großes Interesse brachte er für die alltäglichen Probleme des kriminalpolizeilichen Dienstes auf. Dass ein IT-Forensiker sich vom eigenen Geld Software kaufen oder ein Sachbearbeiter sein Büro selbst streichen muss, konnte der Lokalpolitiker kaum glauben. Auch

hatte nicht jeder, der ihm an diesem Tag in der „Nordseeklause“ lauschte, das Gefühl, dem SPD-Innenpolitiker sei geläufig, dass die Mehrheit der Bremer Polizisten nicht entsprechend ihrer Stellenbewertung besoldet werden, sondern weit darunter.

Dass durch diese Unterdeckung der eine oder andere, wenn auch nicht termingerecht, dann doch wenigstens in der Höhe unfreiwillig, in den Genuss der vollen Besoldungsanpassung kommt, gehörte zu den schlechteren von Galgenhumor geprägten Scherzen der geselligen Abende. Nie zuvor waren diese übrigens von so vielen Kreativvorschlägen zu Protestformen geprägt wie in diesem Jahr. So wird auch Frau Linnert am Ende womöglich doch noch von einem erfolgreichen Fachgruppenseminar „profitieren“ dürfen. Sie hat es sich verdient.

Lüder Fasche

### FACHGRUPPE SENIOREN

## „Berlin ist eine Reise wert!“

**D**ies dachten sich auch die Seniorinnen und Senioren und unternahmen im Mai für drei Tage eine Busreise nach Berlin. Es standen drei verschiedene Stadtrundfahrten auf dem Programm. Allesamt sehr interessant und mit wortgewandten Stadtführern.

In der Bremer Vertretung wurden vom Bremer **SPD-Bundestagsabgeordneten Uwe Beckmeyer** begrüßt. Nach einer Einführung durch den Geschäftsführer über Aufgaben der Landesvertretung in Berlin berichtete Herr Beck-

meyer aus der Arbeit eines Bundestagsabgeordneten.

Von dort ging es zum ehemaligen Reichstagsgebäude (Bundestag). Auf dem Dach des Reichstages gab es viele Erklärungen und eine tolle Aussicht über Berlin!

Schloss Sanssouci in Potsdam durfte nicht fehlen und stand am letzten Tag auf dem Programm.

**An Frank Revermann und Eckhard Lindhorst herzlichen Dank für eure Arbeit!**

Berlin war eine Reise wert!

Wolfgang Karzenburg



Reisen verbindet und Berlin lohnt sich immer.

